Nummer 74 Halle, Mittwoch, den 28. März 1923 58. Jahrgang
Einzelpreis: 150,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 3000.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 3000.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 2500.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 150.00, im auswärtigen Verkehr Mark 150.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 400.00 im Ortsverkehr und Mark 500.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammel-Nummern 7431. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Halle-saale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 92815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsänderungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig

Verbilligung der Kohlen.

Der Außenminister zur Ruhrfrage / Deutschlands Verhandlungsprogramm / Einheitsfront der Parteien / Poincare gesteht seinen Mißerfolg ein / Neuer Ueberfall auf Dortmund

„Erfolg wenig bedeutend".

Paris, 28. März. (Eig. Drahtmeldung.) Poincaré hat im Finanzausschuß der Kammer die angekündigten Mitteilungen über die Kredite für die Ruhraktion gemacht. Der Ministerpräsident hatte etwa 40 Fragen, die ihm schriftlich unterbreitet worden waren, zu beantworten. Er erinnerte u. a. daran, daß die Regierung des Reiches und die Großindustrie von Beginn der Besetzung an den Widerstand organisiert hätten. Der Ministerpräsident hat zugegeben, daß am heutigen Tage angesichts der zahlreichen Schwierigkeiten, die man überwinden mußte, die wirtschaftlichen Resultate hinsichtlich der Produktivität des ergriffenen Pfandes „noch wenig bedeutend" seien. Allein eine verlängerte und feste Besetzung werde es trotz der Manöver der deutschen Regierung erreichen, daß das Ausbeutungsprogramm realisiert werden könne, auf grund dessen das Reparationsproblem gelöst werden würde. Dieses Programm habe u. a. zur Folge gehabt, daß die Aus- und Einfuhrlizenzen wiederhergestellt werden mußten. Poincaré hat die Tatsache betont, daß die Seele des Widerstandes an der Ruhr in der Großindustrie zu suchen sei. Diese habe zu verschiedenen Malen versucht, direkt mit der französischen Regierung in Verbindung zu treten (?), aber diese werde auf solche Verhandlungen nur eingehen, wenn offizielle Vorschläge von der Reichsregierung selber vorliegen. Poincaré hat weiter betont, daß, wenn offizielle Vorschläge ihm von neutraler oder alliierter Seite gemacht würden, er sie nicht annehmen könne. Die belgische und französische Regierung seien einig darin, die Pfänder bis zur vollständigen Abtragung der Schuld zurückzubehalten, und daß die Räumung des besetzten Gebiets proportional mit dem Eingehen der Zahlungen Deutschlands vorgenommen werden würde. Die Räumung der Stadt Essen könne nur ins Auge gefaßt werden, wenn die Totalsumme der Reparationen vollständig abgetragen sei.

*

Also doch! Der Ertrag der Ruhraktion ist „noch wenig bedeutend". Uebrigens wird die Richtigkeit dieser Feststellung Poincarés ihm von allen Seiten bescheinigt. Gleich drei der bedeutendsten italienischen Zeitungen können wir heute anführen. Im „Mattino" fragt Scarfoglio, ob denn nicht der Schatten des Königs Jerome die Franzosen vor der Fortsetzung des unnützen Unternehmen warne? Im „Giornale d'Italia" erklärt Francu Caburi gerade heraus, der Mißerfolg der Franzosen sei heute ebenso vollkommen wie vor Monatsfrist. Man habe sogar den Eindruck, daß die Franzosen das Unternehmen stillschweigend aufgäben. Der passive deutsche Widerstand zerstöre auch das tote Wahngebilde, das den Namen „Rheinrepublik" oder „Pufferstaat" trüge. Der Gedanke, daß die Franzosen und Belgier die Ruhr und das Rheinland dauernd zu beherrschen vermöchten, habe sich einfach als absurd erwiesen. Dies sähen heute viele Franzosen ein, die wünschen, daß der Augenblick des Verhandelns gekommen und jedes Zaudern für Frankreich wie für Deutschland verhängnisvoll sei. Endlich bezeichnet auch Bevione in der „Gazetta del Popolo" das Ruhrunternehmen als gescheitert. Frankreich wisse heute auch, daß nicht nur England und Italien, sondern sogar sein treuer Trabant Belgien die Verstümmelung Deutschlands nicht ruhig hinnehmen würden. Gleichzeitig erfaßt leider Bevione der Schreck vor der drohenden Erstarkung Deutschlands (!), das mit allen einstigen Feindstaaten fürchterlich abrechnen würde. Die einzig mögliche Politik Englands und Italiens müsse deshalb darin bestehen, heute gegen Frankreich und morgen gegen Deutschland zusammenzuhalten.

Die Repko gegen die Goldanleihe.

Paris, 28. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die Reparationskommission beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung, wie der „Matin" meldet, mit der Frage der deutschen Dollaranleihe. Die französische Regierung hatte sich bereits vor zehn Tagen an die Reparationskommission mit der Anfrage gewendet, ob die deutsche Dollaranleihe den Bestimmungen des Artikels 248 des Versailler Vertrages entspreche. Die Reparationskommission übergab die Angelegenheit ihrer juristischen Kommission, die mehrere Sitzungen abhielt und am Sonnabend einen Bericht erstattete, der die Repko in ihrer gestrigen Sitzung beschäftigte. Folgende Fragen wurden erörtert: 1. Hatte das Reich das Recht, ohne Zustimmung der Reparationskommission eine Anleihe auszugeben? Diese Frage wurde einstimmig mit Nein beantwortet. 2. Hat die Reparationskommission laut Artikel 248 des Versailler Vertrages das Recht, das Ergebnis der deutschen Anleihe als Einnahme für die Reparationen zu betrachten und die Uebergabe des gesamten Zeichnungsergebnisses oder eines Teiles davon zu fordern? Die französische und der italienische Delegierte antworteten bejahend, der belgische, englische und amerikanische Vertreter, also die Majorität, verneinten. 3. Sind die von der Reichsregierung und von der Reichbank zur Zeichnung der Anleihe gewährten Garantien gültig? Mit Ausnahme des französischen Delegierten antworteten alle anderen im bejahenden Sinne und erklärten, die Reichbank sei ein Privatunternehmen und die Entente hätte infolgedessen über sie keine Generalhypothek. Bradburn und der Belgier Delacroix wurden beauftragt, gemäß der erteilten Antworten eine Note an die Kriegslastenkommission zu senden.

Frankreich hat einen neuen Sieg errungen, der ihm aber ebenso wenig einbringen wird wie die „Eroberung" des Ruhrgebiets. Zweifelhaft war es kaum, daß die Repko ihren Bescheid dahin fällen würde, Deutschland dürfe seine Finanzen durch eine Goldanleihe nicht sanieren, als vor zehn Tagen die Rechtsverdreher mit der Ausarbeitung eines juristischen Gutachtens betraut wurden. Nicht das Recht gilt für diese Instanz und ihre Ausschüsse, sondern nur französische Willkür. Ueber die deutsche Antwort auf die demnächst eintreffende Note braucht man sich nicht den Kopf zu zerbrechen. Es ist wohl selbstverständlich, daß sie als ein Fetzen Papier praktisch behandelt wird, dessen Inhalt man zur Kenntnis nimmt und dessen Lügen, Verdrehungen und Frechheiten man vor der Welt festnagelt. Poincarés Advokatenkniffe, die in der Repkoentscheidung erneut Ausdruck finden, schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß jeder deutsche Versuch, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu stabilisieren, von Frankreich sabotiert werden soll. Nichts anderes ist die Entscheidung der Repko. Und es wird wohl kein Deutscher so töricht sein, der Regierung empfehlen zu wollen, die 200 Goldmillionen Frankreich in den Rachen zu schmeißen oder auf die Einziehung der gezeichneten Anleihebeträge zu verzichten.

Ueberfall auf Dortmund.

Dortmund, 28. März. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern vormittag gegen 10 Uhr kamen die Franzosen auf das Postamt 1 in Dortmund, besetzten Türen und Eingänge und beschlagnahmten die Ruhrhilfsmarken. Der Postpraktikant Bonot wurde gefesselt abgeführt. Etwa zwei Kompagnien französischer Infanterie rückten in das Stadtinnere von Dortmund ein, begleitet von mehreren Lastkraftwagen und Personenautos. Sie besetzten zunächst die Druckerei von Crüwell. Um ½1 Uhr wurde das Bauamt besetzt. Nach Durchsuchung einiger Räume zogen die Franzosen nach dem Besatzungsamt. Hier wurden im obersten Stockwerk zwei Zimmer, die verschlossen waren, aufgebrochen und nach Schriftstücken durchsucht. Darauf zogen die Franzosen zur Zolleinnahmestelle am Südbahnhof und zum Zollamt am Hafen sowie zur Westfälischen Transportaktiengesellschaft. Die Gründe für die hier ebenfalls stattgefundenen Durchsuchungen scheinen politischer Natur zu sein. Vom Vorsteher des Finanzamtes wurde die Herausgabe der Einkommensteuerlisten für das Jahr 1921 verlangt, was abgelehnt wurde. Bei der darauf folgenden Durchsuchung der Räume des Finanzamtes wurde eine Reihe Hauptsteuerlisten beschlagnahmt und mitgenommen.

*

London, 28. März. (Eig. Drahtmeldung.) Der Eisenbahnoberinspektor Gotfried in Ludwigshafen wurde vom Kriegsgericht in Landau wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Gottfried sollte ein französisches Diensttelegramm nach einem französischen wilden Zug auf der Strecke weiter melden. Gottfried hat dies abgelehnt und der französischen Besatzungsbehörde ausdrücklich erklärt, daß er das Diensttelegramm nicht weiter befördern werde. Der betreffende französische wilde Zug ist dann auf der Strecke entgleist, ohne daß jedoch Personen zu Schaden kamen oder verletzt wurden.

Herabsetzung der Kohlenpreise.

Steinkohlen um ca. 10 Proz., der Braunkohlenbriketts um ca. 16 Proz.

Nachdem der Reichsfinanzminister unlängst die von der Industrie geforderte Herabsetzung der Kohlensteuer unter der Bedingung zugesagt hatte, daß die kohlenindustriellen gleichzeitig in die Herabsetzung der Nettokohlenpreise einwilligen würden, traten gestern der Reichskohlenverband und der große Ausschuß des Reichskohlenrats zur Beschlußfassung über das Ausmaß der vorzunehmenden Preisermäßigung für inländische Brennstoffe zusammen. Nach längeren Verhandlungen, in denen die gegenwärtige prekäre Lage des Kohlenbergbaues in Deutschland von den Interessenten dargelegt wurde, einigte man sich schließlich auf eine Herabsetzung der Kohlenpreise um 3000 M. die Tonne für Steinkohle aus den unbesetzten Gebieten (mit Ausnahme einiger unbedeutender Bezirke) vom Nettopreis ab Grube (d. h. ausschließlich Kohlensteuer), ferner um 5000 M. für Braunkohlenbriketts und um 1900 M. für Rohbraunkohle aus mitteldeutschen Bezirken. Für bayerische Braunkohle stellt sich die Ermäßigung bei Briketts auf 2800, bei Rohkohle auf 1100 M. Prozentual stellt sich die Ermäßigung auf ca. 3,3 Proz. für Steinkohle und auf ca. 9 Proz. für Briketts. Gegenüber dem bisherigen Nettopreise von rund 89 000 M. pro Tonne Steinkohle wird jetzt diese Kohlensorte 86 000 M. kosten. Wie von seiten der Kohleindustrie weiter hervorgehoben wird, spielt bei dem gegenwärtigen geringfügigen Abbau der Materialpreise und Frachten auch diese scheinbar geringe Ermäßigung der Kohlenpreise eine große Rolle für ihre finanzielle Gesundung. Dem gleichzeitig wurde, wie wir hören, in der Sitzung durch einen Vertreter des Reichsarbeitsministeriums offen erklärt, daß man besser tue, sich über die bevorstehende Herabsetzung der Frachtarife keinen Täuschungen hinzugeben, denn diese würde sehr gering sein (man erwartet eine Reduktion der Tarife um nur rund 2 Prozent!). Auch die Frage der Materialpreise wurde gestreift. Es wurde zwar zugegeben, daß beispielsweise die Grubenholzpreise in letzter Zeit sehr beträchtlich zurückgegangen seien, jedoch werde sich dieser Faktor erst in späteren Monaten auswirken. Die Ermäßigungen treten am 1. April in Kraft.

Die Ermäßigung der Kohlenpreise genügt nur sehr bescheidenen Anforderungen, und zwar gilt dies besonders für die Steinkohlenpreise, die — ohne Berücksichtigung der Kohlensteuer — um etwa 3000 Mark pro Tonne oder 3,3 Proz. herabgesetzt werden, sofern es sich um Steinkohle aus den unbesetzten Gebieten handelt. Für die Kohlen des Ruhrgebiets und des Aachener Gebiets gilt also die Preisherabsetzung nicht. Jedoch hat diese Tatsache zunächst nur für die Verbraucher des besetzten Gebietes Bedeutung, da Ruhrkohle in das unbesetzte Gebiet zurzeit nicht gelangt. Eine andere Frage ist es, wie die Ruhrkohle behandelt wird, die bereits früher nach dem unbesetzten Gebiet gebracht worden ist und seit längerer Zeit im unbesetzten Gebiet lagert. Es muß als selbstverständlich betrachtet werden, daß diese Kohle von der Preisermäßigung erfaßt wird, denn sie ist fast ausschließlich noch vor der letzten Preiserhöhung nach dem unbesetzten Gebiete gebracht, also zu Preisen von den Händlern erworben worden, die unter den bisherigen, ja sogar unter den neuen, jetzt ermäßigten Preisen liegen. Nachdem nunmehr die Kohlenverbände zu Herabsetzungen ihrer Zechenpreise geschritten sind, wird auch der Finanzminister seine Zusage einlösen und seinerseits die Kohlensteuer um 10 Proz. auf 30 Proz. kürzen. Dadurch erfährt der Gesamtkohlenpreis für Steinkohle eine weitere Ermäßigung um etwa 7 bis 7,5 Proz. Zusätzlich der Zechenermäßigung von 3,3 Proz. wird sich also eine Gesamtermäßigung des Kohlenpreises für Steinkohlen ergeben, die zwischen 10 und 11 Proz. liegt. Für Braunkohlenbriketts beträgt die Zechenermäßigung etwa 9 Proz. Zuzüglich der Kohlensteuerermäßigung, die, auf den Gesamtkohlenpreis berechnet, gleichfalls 7 bis 7½ Proz. ausmacht, würde demnach der Gesamtbrikettpreis um 16 bis 16½ Proz. herabgesetzt werden. Der Reichsrat hat in seiner gestrigen Sitzung bereits der Ermäßigung der Kohlensteuer zugestimmt, wodurch dem Reichsfinanzminister die Ermächtigung gegeben wird, die Herabsetzung der Kohlensteuer vorzunehmen.

Stinnes' Romfahrt.

Tatsachen und Wirkungen.

Paris, 28. März. (Eig. Drahtmeldung.) Nach einer Havasmeldung aus Rom ist Stinnes in Mailand angekommen, wo er im deutschen Konsulat vorsprach. Er hatte eine Unterredung mit einem maßgebenden italienischen Abgeordneten aus der Industrie. Es ist wahrscheinlich, daß Stinnes mit Mussolini zusammentrifft. Das Ergebnis dieser Unterredung wird aber geheim gehalten.

Der Reichstagsabgeordnete und Großindustrielle Hugo Stinnes, den man den Nebenkanzler oder gar den heimlichen Kaiser des heutigen Deutschlands nennt, ist wieder auf heimatlichem Boden angelangt und dürfte wohl selbst am meisten erstaunt darüber sein, welch starken Wellenschlag seine Romreise in der politischen Welt hervorgerufen hat. Diese Reise diente allerdings nicht rein privaten Geschäften, sondern war, wenn auch nicht amtlich, von Absichten der Politik geleitet. Herr Stinnes sprach am Montag vor dem in Rom tagenden Kongreß der Handelskammern, einem Weltparlament der Kaufleute, das als eine Art zweiter Auflage der vorjährigen Morgankonferenz die Ansicht der internationalen Finanzwelt über die Ruhr- und Reparationsfrage in einer für Frankreich wenig schmeichelhaften Entschließung kund gab. Stinnes tat bei diesen Verhandlungen, was er als Deutscher tun konnte, er berichtete über den Standpunkt der Berliner Regierung zu der Reparations- und Wiederaufbaufrage. Aber dies war es nicht allein, was ein so mächtiges Rauschen im internationalen Blätterwald erzeugte. Stinnes hatte auch noch lange, intime Unterredungen mit dem amerikanischen Delegierten Kent, der den Reparationsplan der amerikanischen Kaufmannschaft dem Kongreß vorgelegt hatte, sowie mit dem „Richter" Gary, der als Präsident des nordamerikanischen Stahltrustes der wirkliche König der amerikanischen Schwerindustrie ist. E. A. Gary aber, der noch 1920 ganz profanjössisch war und auf den Schlachtfeldern ententistische Propagandareden hielt, hat sich jetzt vollkommen dem amerikanischen Geschäftsstandpunkt angeschlossen und die Entschließung Kent nachdrücklich unterstützt.

Dieser Umschwung hat natürlich seine Folgen. Die Londoner Weltblätter bringen bereits spaltenlange Betrachtungen über die denkwürdige Zusammenkunft Gary-Stinnes; man munkelt, daß die Amerikaner ein Drittel der Interessen in der Ruhrindustrie erhalten werden, und an britischer Amtsstelle sollen gegen diese Verteilung eines noch gar nicht erlegten Bärenfelles angeblich keine Einwendungen erhoben sein, wenn das englische Geschäft dabei ebenfalls nicht zu kurz kommt. Man fürchtet nur, daß die eigentlichen „Eroberer" des Ruhrgebietes, Frankreich und Belgien, sich eine derartige Einmischung nicht gefallen lassen. Wenn das Ruhrdrama, vom deutschen Standpunkt aus gesehen, nicht eine so tief erschütternde Tragödie wäre, könnte man über diesen Andrang fremder Verdiener und Gewinnler herzlich lachen. Welche Empfindungen hat aber Stinnes' Romfahrt in Paris ausgelöst? Herr Stinnes wurde, was wirklich niemand vorausgesehen hatte, auch im italienischen Außenministerium empfangen. Zwar nicht von Mussolini selbst. Das wäre ja vom alliierten Standpunkt aus, „zuviel Gunst dem Knaben" gewesen. Aber Contarini, der Generalsekretär des italienischen Auswärtigen Amtes, hat sich doch eine Ehre daraus gemacht, den deutschen Wirtschaftsführer zu begrüßen. Contarini aber — und nun beginnen die Kombinationen — führte das Gespräch mit Stinnes im Auftrage Mussolinis, den er auf der Reise nach Mailand — wo Mussolini mit dem belgischen Außenminister Jaspar und dem österreichischen Bundeskanzler Seipel zusammentrifft — ausführlich über die Unterredung informieren sollte. So ergab sich alles zwanglos. Mussolini konnte Stinnes nicht sprechen, weil er nach Mailand mußte. Aber Stinnes konnte alles Wesentliche vorbringen, und Jaspar wird es in Mailand schon zu hören bekommen. Darüber soll man in Paris nicht ein wenig nervös werden?

Am Quai d'Orsay spielt Poincaré natürlich den Sieger mit der dreisach gepanzerten Brust. Für den Augenblick, so läßt er verkünden, sei eine Regelung der internationalen Lage weder zu erhoffen noch zu befürchten, der gegenwärtige Zustand des Abwartens werde vielleicht noch wochenlang andauern; ja, es sei ausgeschlossen, daß Stinnes irgendwelche italienische oder amerikanische Erfolge erzielen könne. Man fürchte keine italienisch-belgische Sonderverständigung. Diese gespielte Zuversicht wird von der Pariser Presse doch nicht mehr so ganz geteilt. Man kennt Herrn Stinnes von Spa her. Man weiß, daß er in diplomatischen Aufgaben ein jäher und geschickter Unterhändler ist und daß er sich auch bei seinen internationalen Geschäften nie dem Einfluß der deutschen Interessen und des vaterländischen Gefühls entzieht. Es ist also durchaus zu verstehen, wenn seine Romreise in Frankreich eine gewisse Unruhe und Spannung aufkommen ließ. Dazu gesellen sich noch andere Umstände: Die Ankunft des päpstlichen Delegaten Monsignore Testa im „Kriegsgebiet" an Rhein und Ruhr und die bevorstehende Reparationsdebatte im englischen Unterhause. Wenn die Franzosen unterdessen in ihrem lächerlichen Kriegsterror fortfahren, deutsche Schüler, die für ihre Lehrer eintreten, ausweisen, und Dienstmädchen, die nicht bei Franzosen dienen wollen, auf den Schub bringen, so machen sie die Stimmung nur reif, die zu einem für Deutschland vielleicht gar nicht so ungünstigen Kriegsende führen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230328012/fragment/page=0001

Des Außenministers Politik.

Berlin, 27. März. In der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten wies der Reichsminister des Aeußeren Dr. von Rosenberg an der Hand der amtlichen Dokumente nach, daß die deutschen Vertreter in Paris ermächtigt und gerüstet waren, den deutschen Reparationsplan der drei vom 2. bis 9. Januar tagenden Konferenz dem Ministerpräsidenten schriftlich vorzulegen und mündlich zu erläutern und ihn für den Fall, daß mündliches Gehör nicht gewährt wurde, der Konferenz auch nur auf schriftlichem Wege zu übermitteln. Auf die Frage, wie sich die Reichsregierung zu dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes stelle, den dieser in seiner Rede in der Historischen Gesellschaft in Newyork am 29. Dezember entwickelt hat, antwortete der Reichsminister, die deutsche Regierung halte den vom Staatssekretär Hughes gewiesenen Weg für gangbar und glaube, daß das Heil nicht nur der nächstbeteiligten Mächte, sondern eines großen Teiles der Welt davon abhänge, daß dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten werde. Nach Ansicht der Regierung sollte die vom Staatssekretär Hughes vorgeschlagene internationale Kommission von Geschäftsleuten oder ein ähnliches sachverständiges und unparteiisches Gremium in dem Deutschland und Frankreich mit voller Gleichberechtigung teilnehmen, möglichst bald zusammentreten und folgende Fragen beantworten:

1. Was hat Deutschland bisher geleistet?
2. Was kann und soll Deutschland gerechterweise noch leisten?
3. Auf welche Weise können diese Leistungen bewerkstelligt werden?

Werde dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten, so wäre die Reichsregierung bereit, an den internationalen Kapitalmarkt wegen Bewilligung einer möglichst großen Anleihe heranzutreten, die von Deutschland mit jeder von dem Anleihekonsortium als nötig bezeichneten Sicherheit ausgestattet und an Frankreich oder die Alliierten als sofortiger barer Vorschuß zu behändigen sein würde. Die Regierung sei überzeugt und würde erforderlichenfalls durch geeignete Maßnahmen auch in gesetzlicher Form dafür sorgen, daß die deutschen Zubuitrie- und Wirtschaftskreise ihre Kraft in den Dienst der so auf das Erfüllbare zurückgeschraubten deutschen Reparationsverpflichten stellen. Die deutsche Regierung habe im Laufe der diplomatischen Konversationen die wichtigsten an Europas Schicksal interessierten, aber nicht unmittelbar am Ruhrkonflikt beteiligten Mächte, ohne Anträge zu stellen oder Wünsche zu äußern, von dieser Anschauung in Kenntnis gesetzt, habe sie aber gleichzeitig auf die Schwierigkeit des Problems hingewiesen, wie Deutschland Sicherheit dafür verschafft werden könnte, daß die über den Vertrag von Versailles hinaus belastenden Gebiete nicht zu wiederholtenmale Zustände im Rheinland wieder hergestellt werden. Das Problem sei, abgesehen von den täglich sich verschärfenden Leiden der Bevölkerung, dadurch bedingten Gefahr eines Ausbruchs der Volksleidenschaften, deshalb so wichtig, weil die Regierung sich nicht denken könne, daß irgend ein sachverständiges Gremium in der Lage sein werde, ein sicheres Urteil über die tatsächliche Leistungsfähigkeit Deutschlands abzugeben, bevor dem gewaltsamen Eingriff in das deutsche Wirtschaftsleben ein dadurch bedingtes Zerstörung Einhalt geboten sei. Auch sehe die Reichsregierung keine Möglichkeit, daß das deutsche Volk seine

einzige Waffe, den passiven Widerstand,

aus der Hand legen könne, ohne daß auch der Gegner sich auf die Linie des status quo ante zurückziehe. Zu der von Frankreich in der letzten Zeit in den Vordergrund geschobenen Frage der politischen Sicherheiten bemerkte der Reichsminister auf den deutschen Vorschlag des Rheinlandpaktes und auf den Geist friedensichernden Vereinbarungen, die auf dem Boden der Gegenseitigkeit aufgebaut sein müßten, hinsichtlich des Handelsverkehrs aus den besetzten Gebieten nach dem Ausland, namentlich nach England, bemühe sich die deutsche Regierung, wie der Reichsminister weiter ausführte, eine Regelung zu finden, die ohne Durchbrechung der deutschen Widerstandskraft den Bedürfnissen des ausländischen, namentlich des englischen Warenverkehrs, tunlichst Rechnung trage. Die Zumutung, dieser auf eine englische Anregung zurückzuführenden Regelung zuvor darauf hinaus, daß die vor einem bestimmten Termin abgeschlossenen Handelsverträge neutralisiert werden, das heißt, daß in Anlehnung dieser Kontrakte sowohl die französisch-belgischen Besatzungsbehörden, als auch die deutschen Behörden sich jeder Kontrolle enthalten sollten. Man wisse, daß verschiedene fremde Regierungen Vorstellungen in Paris und Brüssel erhoben haben, um das gleiche Zugeständnis von französisch-belgischer Seite zu erhalten, das Deutschland bereits gemacht habe. Welchen Erfolg diese Vorstellungen gehabt haben, sei hier nicht bekannt. — In der Diskussion sprachen die Abgeordneten. Müller-Franken (Soz.), Spahn (Ztr.), Dr. Heifferich (Dnat.), Dr. Stresemann (D. Vp.), Dr. Gothein (Dem.), Koenen (Komm.) und Dr. Breitscheid (Soz.). Der Ausschuß war einmütig in der Ablehnung der von der französischen Regierung geforderten Kapitulation und in der Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Fortführung des passiven Widerstandes mit dem Ziel, hierdurch und durch internationale Abmachungen die Räumung des Ruhrgebiets von der heutigen unrechtmäßigen Invasion herbeizuführen. In einem Schlußwort beantwortete der Reichsminister des Aeußeren Dr. von Rosenberg noch verschiedene Anfragen.

Der Geßlerhut in Bochum.

Bochum, 28. März. (Eig. Drahtmeldung.) **Hier wird jetzt offenbar auf Befehl von den Truppen verlangt, daß die Bürger während der Paßkontrolle den Hut in der Hand behalten. Wer die Kopfbedeckung aufbehält, bekommt sie meist gleichzeitig mit der Aufforderung abgeschlagen. Die Soldaten machen sich daraus anscheinend ein Vergnügen, denn die Paßkontrollen sind seit dieser neuen Praxis wieder viel häufiger als vorher.**

Menschenunwürdige Behandlung.

Mainz, 28. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die deutschen Untersuchungsgefangenen im französischen Gefängnis zu Mainz werden denkbar schlecht behandelt. Sie erhalten zu Essenzwecken und zur Verrichtung ihrer leiblichen Notdurft ein und dasselbe Gerät. Das Essen ist ungenügend und wird gewöhnlich in kalten und schmierigen Gefäßen gereicht. Sie müssen mit den Händen essen, da das Eßbesteck fehlt. Das Brot ist hart und wird aus schmierigen Säcken verteilt. Beschimpfungen wie Boches sind an der Tagesordnung. Am Tage der Hauptverhandlung werden die Gefangenen in einen Raum geführt, wo keine Sitzgelegenheit ist. Die Räume sind dunkel und nichts ist für eine künstliche Beleuchtung vorgesehen. Dort müssen die Gefangenen warten, bis ihre Sache an der Reihe ist, oft von 8 bis 10 Uhr vormittags, nach einer Pause weiter, von 2 bis 6 Uhr nachmittags. Die Folge davon ist, daß die Gefangenen völlig verhandlungsunfähig werden.

Kommunistische Ausschreitungen.

Gelsenkirchen, 28. März. (Eig. Drahtmeldung.) **Vor dem Rathaus in Gelsenkirchen fand eine Demonstration von etwa 300 Kommunisten statt, die einen „Arbeitslosenrat" zum Oberbürgermeister schicken mit Forderungen, die im Grunde genommen nur die bekannten kommunistischen Grundsätze verwirklichen sollen. Bezeichnend ist, daß im Laufe dieser Verhandlungen auch die Drohung fiel, daß die Arbeitslosen den Oberbürgermeister verhaften (!) würden. — Ernster ging es in Dortmund zu. Dort fanden abends kommunistische Umzüge statt, die auf Provokation eingestellt waren. Die Demonstranten machten den Versuch, die Firmenschilder herunterzureißen. Sie wurden daran von der blauen Polizei gehindert. Als ein Wachtmeister überfallen wurde, mußten die Polizeibeamten mit der Waffe gegen die Angreifer vorgehen. Ein Wachtmeister wurde durch Steckhiebe ins Gesicht erheblich verletzt, doch war das Vorgehen der Beamten derart energisch, daß die etwa 500 Köpfe zählende Menge zerstreut wurde. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.**

Heims Verteidigung.

Der Pressechef Wilsons in Versailles, Ray Stannard Baker, hat bekanntlich in seinem jüngst erschienenen Buch gegen den Führer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, die schwere Anklage erhoben, daß dieser ein Ersuchen an einen französischen Vertreter gerichtet habe, mit französischen Vertretern über eine separatistische Bewegung zu sprechen, und das im Mai 1919! Diese Behauptung Heims mit General Nollet in Nürnberg stattgefunden habe. Heim habe darauf prompt von der Loslösung aller anderen größeren deutschen Staaten von Preußen und der Bildung eines neuen Bundes, einschließlich Deutsch-Oesterreichs, gesprochen. Dr. Heim hat sich gegen diese Darstellung sofort zur Wehr gesetzt und erklärt, daß er von dieser Unterredung den damaligen Reichskanzler Scheidemann vorher in Kenntnis gesetzt habe. Scheidemann hat dies bestätigt, aber hinzugefügt, daß er über den Inhalt und den Ausgang dieser Unterredung von Dr. Heim nicht orientiert worden sei. Dagegen wendet sich nun jetzt wiederum Dr. Heim mit der Erklärung, er sei der Meinung gewesen, und der Abg. Meyer habe diese Meinung bestärkt, daß die maßgebenden Minister diese Besprechung wünschten. Ihm habe vor allem daran gelegen, aus den Verhandlungen Klarheit über die französischen Absichten zu bekommen. Von der Bildung eines Donaustaates sei dabei keine Rede gewesen; nur für den Fall einer vorübergehenden Verbolschewisierung von Deutschland habe er die Bildung von Teilen Deutschlands im Bereich der Möglichkeit gestellt. Nach seiner Rückkehr habe er dann an das Auswärtige Amt eine Depesche gerichtet und sich zur Verfügung gestellt über seine Reise bereit erklärt, aber keine Antwort erhalten. Erst die jetzige Erklärung Scheidemanns habe dieses Rätsel aufgeklärt. Er habe geglaubt, das Auswärtige Amt sei die zuständige Stelle, dem er zu berichten habe, nicht Scheidemann.

Man wird Dr. Heim zugeben müssen, daß er recht hat, wenn er erklärt, ein Mensch, der sich mit der Absicht eines Landesverrates trägt, hätte kein Verbedürfnis nicht zu eingestellt.

Verhundertfachung der Biersteuer?

Berlin, 27. März. Dem Reichsrat sind der Entwurf eines Biersteuergesetzes und im Zusammenhang damit ein Gesetzentwurf zur Aenderung des früheren Gesetzes über den Eintritt von Württemberg, Bayern und Baden in die Biersteuer-Gemeinschaft zugegangen. Beide Vorlagen haben bereits die Ausschüsse des Reichsrats beschäftigt. Nunmehr beantragte der bayerische Staatsrat von Wolff namens Bayerns, Württembergs und Badens Vertagung der Beratung. Nach seinen Ausführungen handelt es sich bei der ersten Vorlage darum, die zurzeit bestehende Biersteuer zu Verhundertfachungen. Den Hauptinhalt bilden die Steuersätze und hier hatte der Reichsfinanzminister zunächst nur eine Verdoppelung beantragt, hat aber am vorigen Freitag in einem Nachtrag eine Verhundertfachung verlangt. Der zweite Gesetzentwurf will lediglich eine Erhöhung der absoluten Abfindung der süddeutschen Staaten. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, daß die Reichs-Regierung es außerordentlich bedauern würde, wenn die Vorlage jetzt nicht verabschiedet werden könnte. Es hänge sehr viel davon ab, daß die Vorlage rechtzeitig an den Reichstag gelange, denn es mache monatlich sechs bis sieben Milliarden aus, wenn, so sagte wörtlich der Vertreter des Ministeriums, „die jetzige ungeheuer niedrige Steuer" belassen werde, die jetzt kaum die Verwaltungskosten decke. Da sich, als der Vorsitzende die Unterstützungsfrage stellte, ein Drittel der Mitglieder für den bayerischen Antrag erklärte, galt dieser als angenommen und die Beratung der Biersteuervorlage wurde zunächst vertagt.

Sturm der Madeiber Kaufleute auf das Rathaus. Um gegen die Durchführung der städtischen Steuern zu protestieren, blieben gestern sämtliche Geschäfte Madeiras geschlossen. Am Nachmittag des 26. März veranstalteten etwa 5000 Geschäftsinhaber und Angestellte eine stürmische Kundgebung vor dem Rathause. Sie drangen in das Gebäude ein und richteten großen Schaden an.

Neues vom Tage

Der Werdegang eines Weltschwindlers.

Gegen den bei einigen 80 000 Menschen in nicht gerade angenehmer Erinnerung stehenden Wettkonzerninhaber Kurt Köhn ist nunmehr die Anklage erhoben worden. Die Anklage stellt einen ziemlich umfangreichen Band dar und benennt allein neben zahlreichen Sachverständigen nicht weniger als 119 Zeugen. Sie lautet auf Betrug, gewerbsmäßiges Glücksspiel und Konkursvergehen und richtet sich außer gegen Köhn noch gegen vier Mitangeklagte. Interessant ist der bisher wenig bekannt gewordene Werdegang des Angeklagten Köhn: Er ist der Sohn eines Lehrers aus Danzig und hat das dortige Gymnasium besucht. Hintereinander war er dann Volontär, Bankbeamter, Zeitungsverleger, Buchdruckereibesitzer, Munitionsfabrikant und betrieb dann einige Zeit das sehr einträgliche Gewerbe eines „Wahrsagers". Schon in seiner in Konkurs gegangenen Munitionsfabrik hatte er eine Art Dividendenschein eingeführt, indem er seinen Teilhabern eine 60prozentige Verzinsung versprach. Staddem er einige Zeit lang Herausgeber der „Allgemeinen Reichsschädiger-Zeitung" gewesen war, erwarb er ein in der Friedrichstraße in Berlin gelegenes Sportbureau, aus dem später der Wettkonzern hervorging. Nebenbei beschäftigte er sich mit Philosophie, Religion, Sozialpolitik, Theosophie und Okkultismus. Wie die Anklage behauptet, hat Köhn von etwa 80 000 Personen in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum eine 61 Millionen Einzahlungen erhalten, denen aber nur etwa 34 Millionen Auszahlungen gegenüberstanden.

Ein besonders schwieriges Stück Arbeit für die Staatsanwaltschaft war der Nachweis, wo Köhn die fehlende Summe gelassen hatte. Festgestellt werden konnte, daß er den Federmannschen Rennstall für etwa 8 Millionen Mark und ferner die bekannte Exportvilla (in der Freiherr-von-Stein-Straße) sowie mehrere Automobile gekauft hatte. In der Villa hauste er, obwohl er verheiratet war und fünf Töchter hatte, mit seiner Geliebten. Seine Geliebte meldete er als seine „Stieftochter" polizeilich an. Nebenbei erwarb Köhn das Gut Neuhof und beteiligte sich an einem „Bankgeschäft" und wollte auf einem großen Damper, den die „Kurfürst Wilhelm" zu Reklamezwecken auf eine Weltreise schicken wollte, ein Wettbureau einrichten. Alle diese Pläne wurden jedoch durch das im Juni erfolgte Eingreifen der Finanzämter wegen der bisher hinterzogenen Kapitalertragsteuer unmöglich gemacht. Die Anklage selbst gibt zu, daß Köhn selbst nicht verschwenderisch gelebt hat, dafür aber desto mehr mit dem Gelde der Einzahler seinen Bekannten und Verwandten gegenüber Mißbrauch getrieben hat. In einem Falle hatte er der Geliebten seines Hamburger Generalvertreters, die er diesem erst abspenstig gemacht hatte, eine halbe Million Mark in bar gegeben, damit diese wieder zu ihrem Bräutigam zurückkehren solle. Bezüglich der Forderungen der Einleger hat Köhn den sog. Spielerlaß erhoben und auf Grund von Rechtsausführungen in einem gerichtlich anhängig gewesenen Zivilprozeß auch ein zu seinen Gunsten lautendes Urteil erstritten.

Der geheimnisvolle Theaterbrand. Zu der Brandkatastrophe im Wiesbadener Staatstheater nehmen jetzt die Intendantur und die städtische Verwaltung in einer öffentlichen Erklärung Stellung, worin es heißt, daß irgendwelche Nachlässigkeiten nach der Vorstellung nicht festgestellt werden konnten. Die elektrische Beleuchtungsanlage stehe intakt zu gewesen. Kurzschluß als Ursache des Brandes sei deshalb ausgeschlossen. Es handelt sich auch nicht um ein Attentat, da weder dreifache Tatsachen noch logische Gründe dafür vorliegen. Nach den Feststellungen der Sachverständigen sei der Brand auf der Vorderbühne entstanden und die schnelle Ausbreitung der Flammen nach oben durch den Bühnenhorizont und die große Wandeldekoration aus dem Oberhaus gefördert worden.

Deutschland in der Luft voran. Das erste zwischen Schweden Rußland und Persien verkehrende Junkers-Passagierflugzeug ist auf seiner Probefahrt in Charkow eingetroffen.

Lastautobrand. Zwischen Opladen und Wiesdorf fuhr ein Lastautomobil, das mit Wollstoffen und Tuchen beladen war, infolge Versagens der Steuerung eine steile Böschung hinunter und fing Feuer. Der größte Teil der Ladung verbrannte. Der Schaden soll nach der Köln. Ztg. sich auf Milliarden beziffern. Der Autoführer und sein Begleiter wurden infolge ihres Krankenhaus gebracht.

Rekordflug einer Taube. Bei Neuwork wurde dieser Tage eine völlig erschöpfte Taube gefunden, die eine Botschaft des Naturwissenschaftlers Edmund Heller trug, der sich auf einer Studienreise im Yellowstone-Park befindet. Dieser teilte mit, daß er sich in den Hodoo-Bergen verirrt habe und bat um Hilfe. Die Nachricht war für einen Kollegen bestimmt, mit dem zusammen Heller die Taube gezüchtet hatte. Die Entfernung von Yellowstone-Park nach Neuyork beträgt 3200 Kilometer. Die Taube durchflog zu dieser Strecke fünf Tage, legte also durchschnittlich täglich 640 Kilometer zurück.

Die „feldgraue Else". Auf einem Bauernhofe im Kreise Ost-Sternberg diente eine Magd Else Weber. Am Freitag verschwand sie plötzlich und mit ihr des Bauern goldene Uhr und eine Million Papiermark, sorglich in alte Zeitungen eingewickelt. Ihre eigenen Sachen hatte sie zurückgelassen, dafür aber einen feldgrauen Männeranzug und Gut angezogen, in dem sie dann flüchtig entfuhr, um nach Berlin zu fahren. Hier paßte die benachrichtigte Polizei am Schlesischen Bahnhof auf, und als der frische, rotbäckige „Junge" dem Zuge heil entstieg, wurde er verhaftet. — Else Weber gab den Diebstahl unumwunden zu und sagte nur, daß das Geld bei dem Bauern so in Haufen rumgelegen habe.

Feuersbrunst in einer Neuyorker Pension. Bei dem Brande in einer Neuyorker Familienpension, in der meistens Schauspieler wohnen, wurden bisher zehn Tote festgestellt. Die Polizei fürchtet aber, daß besonders die Bewohner der oberen Stockwerke in den Flammen umgekommen sind.

Der Segen des Unverstandes.

Von Friedrich Feeßa.

Ein altes Wort lautet: Alles verstehen heißt alles verzeihen. Aber denken Sie sich einen Menschen, der alles verzeihen kann! Wäre er nicht ein Unmensch?

Daraus geht hervor, daß es gut ist, wenn wir nicht alles verstehen können.

Aber ist das nicht gerade der Haupttrieb des Menschen, alles verstehen zu wollen? Ist es diese Sehnsucht nicht, die uns erst zu Menschen gemacht hat?

Erinnern Sie sich doch an Ihr seliges Erschauern, als Sie zum ersten Male das Märchen vom Apfel der Erkenntnis im Garten des Paradieses vernahmen, der den Menschen verboten ward, auf daß sie das ewige Leben erhielten.

In der Tat, Erkenntnisse machen alt, die bedeuten den Tod.

Darum sind die Menschen allein lebenskräftig, die nur das verstehen wollen, was sie verstehen müssen. Sie bleiben stark und behalten sich selbst, sie verlieren sich nicht in das Allgemeine, das Allzugemeine.

Schauen wir in unsere eigenen Tage der Schmach und Zerrüttung hinein. Sie haben es erlebt, daß ein dramatischer Dichter Georg Kaiser ungestraft das Recht für sich in Anspruch nahm, zu betrügen und zu stehlen, ja sogar seine eigenen Kinder zu schlachten, um sein Talent zu düngen. Sie erlebten es, daß der Reichsverbrecherliteraturpöbel den Räuber Höll verherrlichte.

Da haben Sie einige Proben von der Untugend, alles verstehen und alles verzeihen zu können. Aber es kann das Holz keinen eisernen Klang haben und aus der Posaune kann kein Paukenwirbel erschallen. Wir sind mit Recht gegen die Bastarde mißtrauisch, wissen wir doch nicht, was ihnen eigentümlich ist.

Willst du selbst von deinen Mitmenschen verstanden werden, so zeige ihnen eine entschiedene Farbe, blau oder gelb, grün oder rot, aber schillere nicht, wie das lustige Gespenst des Regenbogens, der da am Himmel erscheint, wenn die Wolken zur Erde rauschen und zugleich die Sonne scheint. Er hat nicht Bestand, der siebenfach Schillernde, und dienet nur für die wenigen Minuten seines Scheins.

Aber wir leben in der Zeit der allgemeinen Bildung, der Oberflächlichkeit, in der es fast als gesellschaftliche Schande gilt, ehrlich einzugestehen, daß etwas unbekannt sei.

Dieses Zeitalter wird charakterisiert durch jenes Geschäft, das in Berlin gemacht wurde. Einer hört etwas von Radium, fragt am Kaffeehaustisch den Nachbar: „Ist mit Radium ein Geschäft zu machen?", sagt der Nachbar: „Wenn Sie wollen, ich liefere Ihnen einen Waggon!" — „Nicht unter zwei Millionen." „Gemacht!" — Geht der erste hin und kauft den Waggon Radium für drei Millionen. — Geht der zweite hin und kauft den Waggon für einundeinehalbe Million. — Sollte es schließlich einer liefern für nur einhundertsechzigtausend Mark. — Sollte es schließlich einer kaufen für fünfzehn Millionen! — Aber keiner in dieser Kette wußte, keiner, daß es in unserer Zeit auf dieser Welt nur wenige Gramm Radium gibt.

Nur nichts merken lassen, nur nicht fragen! Und selbst das Konversationslexikon steht zumeist unbenutzt da. Verstohlen nur schleichen sich die Kinder zwischen 14 und 16 Jahren zu dem hütenden Glasschrank hin, um mit Begier das aufzusuchen, wovon man nicht spricht.

Weil das Konversationslexikon so dick ist, kann man ja nicht alles wissen und könnte es im Bedarfsfalle nachschlagen, aber da es gedruckt ist, erscheint es als unnötig, darin zu lesen. Da man das gesamte Wissen im Hause gedruckt hat, ist es nur recht, daß man alles versteht. Wer wollte es sich anmerken lassen, daß er sein Konversationslexikon nicht von A bis Z gelesen hat?

Was folgt daraus? trage ich ohne das Lachen Eulenspiegels. Wir müssen es versuchen, wieder mit der sinnlichen Wahrnehmung zu lernen, und unsere eigenen Gedanken aus dem zu schöpfen, was uns unsere sinnliche Welt als Schmalbuch liefert. Tausend Kinder gab es, die es selbst wahrnehmen und erkannten, daß auf den Blitz der Donner folgt. — Es ist eine alte Weisheit und doch war ein jedes dieser Kinder, das selbst sah, hörte und erkannte, auf dem Wege des Genius, und jenes Kind, dem von Blitzen und Donner nur Eltern oder Oheim und Tante erzählten, auf dem Wege der allgemeinen öffentlichen Meinung, des halbpersönlichen Erlebens.

Wer Mensch und Dingen näherkommen will, der staune und frage. Denn der Wunder sind unzählige, die dir begegnen. Aber wer sich über nichts gewundert hat, bleibt geistig taub und leblich stumm.

Es ist ein Zeichen der Reife und der Gesundheit, daß ein Mensch sich nicht zu langweilen vermag.

Ewig neu ist der Weg zum andern, ob nun das andere sei **ein Mensch, ein Tier oder ein Ding.**

Am schwersten ist es, den Weg zum andern Menschen zu finden. Erscheint er den meisten doch als ein Spiegelbild des eigenen Ichs, und sehr spät lernen die meisten, daß zwischen dem einen Menschen und dem andern ein Weltenraum liegt, weit und gewaltig, wie der Raum zwischen den Planeten. Aber da Planeten und Menschen gleiche vorbestimmte Bahnen ziehen, ents-

steht die Täuschung der guten Bekanntschaft untereinander. Nur der Musikalische vermag die wahre Harmonie der Sphäre zu hören, und nur wer den Sinn hat für das Anderssein der Menschen, vermag die Gesetze zu erkennen, nach denen Menschen miteinander verbunden sind.

Es ist wie in der Musik: Wer sie erfaßt hat, dem bedeutet sie alles. Wer sie nicht erfaßt hat, dem bleibt sie ein verwirrendes betörendes Geräusch.

Denn das ist das Geheimnis, du erhältst Licht durch die andern und die andern durch dich. Wessen Ohren gefallt sind mit Wunderbalsam, der vermag auch zu hören. Wessen Ohren unbegnadet blieben, der bleibt taub trotz seines guten Gehörs.

Aber ein Beethoven hörte als Tauber und ein Rembrandt malte eine geheimnisvolle Welt von Farben trotz seiner vergilbten Pupille. Beide fanden den Weg von sich zu andern und andere finden den Weg von sich zu den beiden. Ein göttliches Geheimnis bleibt das Band der Gemeinschaft unter den Menschen.

Neue Bücher.

Ursprung und Ziel des französischen Einbruchs in das Ruhrgebiet. Von Graf Max Montgelas. Zentralverlag G. m. b. H., Berlin. Der Verfasser schildert die einzelnen Etappen des Rechts- und Vertragsbruches und legt die militärischen, politischen, wirtschaftlichen Absichten Frankreichs bloß. Er warnt vor allen Illusionen, die sich auf „Hilfe von außen" beziehen und weist darauf hin, daß Deutschland auf sich selbst stehen muß und nur durch volle Einheit und Festigkeit seinen moralischen Erfolg erzielen kann, der auf die Dauer stärker sein wird als ein Sieg mit den Waffen.

Die Kohle als Grundlage unseres Wirtschaftslebens. Von Hans Grunewald. Zentralverlag, Berlin. Behandelt die Kohle und ihre Bezeichnung zur Gesamtwirtschaft; ihre Bedeutung für unser Wirtschaftsleben; Kohlenforderung einst und jetzt; welche Gegenwartsaufgaben ergeben sich daraus für die Bergarbeiterschaft; welchen nutzbringenden Einfluß hat die erhöhte Kohlenförderung auf die Landwirtschaft; die Kohle als Preisbildner und -regulator; Appell an die Bergarbeiterschaft. Höchst aktuell!

Erziehung zum Redner. Zentralverlag, Berlin. Ein kurzgefaßte, aber treffliche Anleitung von Dr. Fritz Gerstewohl.

Das Blut. Ein Sonettenzyklus von F. L. Angermayer. Kay-Verlag, Berlin-Dresden. Diese sonettenähnlichen Verse sagen in sehr klarer Formung bisher Ungesagtes aus dem Frauenleben.

Peterchen, Gespräche eines Dichters mit seinem verstorbenen Kinde. Von Han Ronner. Kay-Verlag, Berlin-Dresden. Ein schmales Büchlein nur, doch erfüllt von der wahren Liebe eines Vaters, der schlicht und gerade darum erschütternd Zwiesprache hält mit dem, was ihm genommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230328012/fragment/page=0002